

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 53

Köln, den 30. Dezember 1932

33. Jahrg.

Jahresrückschau.

Ein außerordentlich bewegtes Jahr ist beendet. Ein Jahr, dessen Ereignissen die Arbeiterschaft ein wenig freundliches Gedenken zu bewahren sich veranlaßt sieht. Von den Hoffnungen, mit denen 1932 begrüßt und erwartet wurde, ist kaum etwas Wirklichkeit geworden. Statt der erwarteten Besserung der Verhältnisse drohte wiederholt eine Wendung zum Schlimmeren und Schlimmsten. Wenn die während des Jahres aufkommenden Gefahren nicht oder doch nur teilweise Wirklichkeit geworden sind, wenn am Schluß des Jahres die Hoffnung gar wieder Nahrung erhielt, daß der zum Leidwesen und Nachteil der Arbeiterschaft verfolgte politische Weg nicht weitergegangen werde, dann ist nicht zuletzt die immer noch vorhandene Kampfkraft der organisierten Arbeiterschaft und der Einsatz dieser Kraft in entscheidenden Augenblicken die Ursache dafür. Daß diese Kraft erhalten blieb, trotz aller Ereignisse, trotz widriger Umstände, trotz des Einsatzes staatlicher Machtmittel gegen die Arbeiterschaft, buchen wir als größten Gewinn dieses schicksalsschweren Jahres.

1932 ein Jahr der Wahlen.

Zwei Wahlgänge um die Reichspräsidentenschaft peitschten die politischen Leidenschaften im deutschen Volk bis zur Raserei. Das Für und Wider wurde nicht mehr mit den der deutschen Kultur und Zivilisation gemäßen Mitteln zwischen den politischen Gruppen ausgetragen, sondern an deren Stelle brutale Gewalt bis zum organisierten Mord angewandt, um den Wahlerfolg in bestimmte Richtung zu drängen. Wir haben uns für die Wahl des greisen Feldmarschalls v. Hindenburg eingesetzt und bei beiden Wahlgängen für seine Wiederwahl plädiert. Wir handelten damit im Sinne unserer Überzeugung, die sich voll und ganz auch mit unseren Bestrebungen, mit der Wahrnehmung der Arbeiterinteressen deckte. Dieser Überzeugung war die Mehrzahl unserer Mitglieder. Jedoch nicht alle. Achten wir die Ansicht der letzteren, die ja vorübergehend Recht zu behalten schienen. Schließlich mußten auch sie erfahren, daß unsere Meinung gerechtfertigt wurde. Wir denken hier an den 13. August und die ersten Dezembertage, die die Errichtung einer Parteidiktatur über das deutsche Volk illusorisch machten, weil Hindenburg die darauf abzielenden Machtansprüche klar und entschieden zurückwies. In der Luft einer wie immer gearteten Parteidiktatur kann eine freiheitlich gesinnte Arbeiterbewegung sich nicht entwickeln. Wir brauchen Luft und Raum, um unsere volks- und wirtschaftspolitische Mission zu erfüllen. Diktatur bedeutet Einengung der Freiheit. Darum gilt allen Bestrebungen, die darauf hinauslaufen, unser Kampf auch in der Zukunft.

Wenn es gelang, überhebliche parteipolitische Machtansprüche in die gebührenden Schranken zurückzuweisen, dann zeitigte der Versuch, eine Diktatur der Herrenklasse zu errichten, nicht weniger schwere Kämpfe und Auseinandersetzungen. Außer den Präsidentenwahlgängen bescherte uns das verfloßene Jahr

zwei Reichstagswahlen

und eine ganze Reihe von Länderwahlen. Mit Hilfe machthungriger Gruppen setzte sich die politische und die soziale Reaktion in den Regierungsjattel. Mitten in den großen außenpolitischen Auseinandersetzungen, die zu unserer Befreiung von unerträglichen politischen und finanziellen Belastungen eingeleitet waren, erfolgte der Stellungswechsel. Er schließt ein eines der trau-

rigsten Kapitel deutscher Politik gegen die Arbeiterschaft. Kein Wunder, wenn die politischen Überlegungen und Praktiken aus Kreisen kommen, die sich noch niemals bequemen konnten, in der Arbeiterschaft gleichberechtigte Staatsbürger zu sehen; die niemals freiwillig oder erzwungen eine objektive Würdigung der Bestrebungen der Arbeiterschaft vorzunehmen oder anzuerkennen veranlaßt wurden. „Sammlung der nationalen Kräfte“ nannte sich die Parole der Klubleute um v. Papen, und gleichzeitig schloß man aus dieser „nationalen Konzentration“ den größten Teil des deutschen Volkes aus.

Sozialpolitische Experimente.

Die Taten waren dementsprechend. Empfindliche Leistungskürzungen in der Sozialversicherung, Vernichtung erworbener Rechtsansprüche, Beseitigung bzw. Unterhöhlung bewährter Einrichtungen auf sozialem Gebiet folgten Schlag auf Schlag. Wenn auch die Durchführung aller Pläne und Absichten mißlang, so war doch jedem Arbeiter klar, was gewollt war: Die Gewerkschaften sollten, wenn nicht restlos beseitigt, dann doch weitgehendst zur Bedeutungslosigkeit zurückgeworfen werden. Die alte Sehnsucht des Unternehmertums zu verwirklichen, fühlte sich der „christliche“ Staatsmann berufen.

Diese Erkenntnis zwang die Arbeiterschaft in die schärfste Opposition gegenüber einer solchen Regierung. Wir fühlten und erkannten, daß im Mittelpunkt des alarmierenden Zeitgeschehens das Schicksal der deutschen Arbeiterschaft stehe. Dem galt es Rechnung zu tragen und zu handeln. Wenn wir immer wieder die Bedeutung der politischen Wahlen hervorgehoben und unsere Mitglieder aufgefordert haben, ihre Pflicht zu tun und die Stimme den sozialpolitisch bewährten Gruppen und Parteien zu geben, dann erfüllten wir damit eine selbstverständliche Pflicht. Wir haben Verständnis für unser Handeln in den Kreisen unserer Mitglieder gefunden, und den Erfolg quittieren wir gern. Es will wenig besagen; wenn ganz vereinzelt Stimmen laut wurden, die uns Verletzung der Neutralitätspflichten nachsagten, weil sie Neutralität mit politischer Abstinenz verwechselten. Inzwischen dürften aber auch diese wenigen aus dem Gang der Ereignisse und Entwicklungen den einzig möglichen Schluß

1933

*Glauben an die eigene Kraft,
Zuversicht und ungebeugten Mut,
Ein glückhaft neues Jahr*

*wünscht allen Verbandsmitgliedern und
Freunden*

Der Zentralvorstand und die Redaktion

gezogen haben, daß die Berufsorganisation und die gesamte Arbeiterbewegung sich der größten Pflichtverletzung schuldig macht, wenn sie politischem Indifferentismus huldigen wollte.

Kampf der Reaktion.

Wenn es noch im Jahre 1932 gelungen ist, auch diesen Diktaturplan einer Herrenkaste zu Fall zu bringen, dann ist das nicht zuletzt der eindeutigen Haltung und dem Kräfteeinsatz der Gewerkschaftsbewegung zu danken und der größte Erfolg in diesem Jahre. Welche Bedeutung für die Stellung der Arbeiterschaft in Staat und Gesellschaft die Tätigkeit und der Einfluß gerade unserer Bewegung zur Niederringung reaktionärer Absichten und Ziele hat, wird die Geschichte einmal offenbaren. Mit Stolz und Genugtuung dürfen wir feststellen, daß unsere Bewegung in diesem Kampf um soziale Gerechtigkeit und Freiheit an erster Stelle stand.

Und stehen wird. Denn noch ist dieser Kampf nicht beendet. Der Mißerfolg der gegnerischen Kräfte hat deren ehrliche Friedensbereitschaft keineswegs herbeigeführt. Immer noch sind diese Kräfte stark und einflußreich, und so leicht werden sie sich nicht als geschlagen bekennen und ihren Zielen abschwören. Wir erlebten, wie schnell und überraschend Dinge und Befürchtungen Wirklichkeit werden können, zu unserem Nachteil.

Die Wirtschaft

nahm im Jahre 1932 nicht die Entwicklung, die wir erhofften. Die Entwicklung der Arbeitslosenziffern beleuchtet die Wirtschaftslage treffender, als viele Worte das zu tun vermögen. Am 31. Januar wurden etwas mehr als sechs Millionen Arbeitslose gezählt. Ende November etwa 5½ Millionen. Die Diskussion über die sogenannte unsichtbare Arbeitslosigkeit ist noch nicht vergessen, und es müssen bei der Feststellung der wirklichen Arbeitslosenziffer ganz sicher auch die durch irgendwelche gesetzlichen Maßnahmen aus der öffentlichen Fürsorge ausgeschlossenen Arbeitslosen bei der Feststellung des Gesamtumfanges berücksichtigt werden.

Die versuchte Wirtschaftsankurbelung hat, so notwendig sie an sich gewesen wäre, den erwarteten Erfolg nicht gezeitigt. Trotz der unter dem Regime v. Papen verordneten „Schönwetterlage“, die der Wirtschaft einen sehr reichlich bemessenen Segen in der Form von Zöllen, Kontingenten, Steuergutscheinen und Barsubventionen brachte, stach die mit so viel Pathos aufgetrumpfte Wirtschaftskarte nicht. Am bedenklichsten aber waren die zur Erleichterung der Wirtschaft verordneten schweren Belastungen der Arbeiterschaft, die Knebelungs- und Entmachtungsversuche gegenüber den Gewerkschaften. Selbst diese unerträglichen Maßnahmen haben die Kurbel nicht in Schwung zu bringen vermocht, weil — so begründet die Wirtschaft ihr Versagen — diese Maßnahmen noch nicht weit genug gingen. Erst die völlige Freiheit der Wirtschaft — von tarifvertraglichen Bindungen, von sozialen Lasten, von sozialrechtlichen Einrichtungen — garantiere einen Wirtschaftsaufschwung. Also Rückkehr zu Gepflogenheiten, die in der Blüte des liberalkapitalistischen Zeitalters gang und gäbe waren, mit einem Wort zur Willkürherrschaft der Unternehmer. Wenn nun zum Schluß des Jahres eine andere Regierung den von Papen verfolgten Weg der von großen und kleinen „Wirtschaftsführern“ mit Zustimmung und Beifall begrüßt wurde, zu verlassen sich ansieht, dann bedeutet das belleibe nicht, daß das Unternehmertum sich besserer Einsicht erschlossen hätte und im Sinne dieser besseren Einsicht mitzuarbeiten bereit wäre. Nein, man schwört nach wie vor auf erlernte und ererbte Wirtschaftswissenschaft, weil deren Lehren so schön geeignet sind, die bisherigen Herrschaftsverhältnisse zu verewigen.

Eine neue Ordnung?

Unzweifelhaft haben wir uns mit solchen Fragen auseinandergesehen. Der Düsselborfer Kongress ist nicht achtlos daran vorbeigegangen, und in Kreisen der Arbeiterschaft wird die Forderung vertreten, daß eine andere, bessere Ordnung der Dinge kommen muß. Ob diese bessere Ordnung nun „planvolle Wirtschaft“ heißt oder sich aus der berufsständischen Idee entwickelt, das interessiert erst in zweiter Linie. Es kommt vor allem darauf an, daß es gelingt, der großen Masse den gebührenden Einfluß auf den Gang des Wirtschaftsgeschehens zu sichern, in der Wirtschaft neben den Rentabilitätsgeheimnissen gleichberechtigt auch den sozialen Gedanken zu stellen, und die Dinge so zu ordnen, daß nicht nur die durch Geburt oder

Besitz bevorzugten Kreise im deutschen Lande ihre Heimat sehen, sondern alle Volksgenossen, bis zum letzten Arbeitsjungen.

Es gilt auf der Wacht zu sein, denn unsere Aufgabe ist groß und umfassend. Nicht nur die uns innewohnende Kraft gilt es zu erhalten, sondern vielmehr diese Kraft zu stärken und zu vertiefen. Die sich überstürzenden Ereignisse dieses Jahres haben hier und da den Mut gedämpft und die Energie gelähmt. Das war gewiß nicht richtig und hätte, wäre das ganz allgemein eingetreten, zu katastrophalen Folgen führen müssen. Daß wir trotz allem bei den jüngsten Ereignissen im Mittelpunkt des Geschehens standen, um unserer Aufgabe für die Arbeiterschaft willen, soll dazu angetan sein, unseren Mut neu zu beleben und neue Energien zu erwecken. Das, was vor wenigen Tagen Kollege Kaiser in Köln sagte und von den Vertrauensleuten der Bewegung begeistert aufgenommen wurde, darf nicht allein für die Vergangenheit, sondern muß ganz sicher und besonders für die Zukunft gelten:

Die Gewerkschaften haben die Freiheit der Arbeiterschaft gehütet. Wir wollen ein starkes, freies, nationales Deutschland. Wir wollen ein Deutschland, das mitgetragen wird von den starken Schultern der Arbeiterschaft. Und wir wollen, daß diese Schultern unser Deutschland frei und aufrecht tragen helfen. Nicht gebückt von Untertanengeist und Staatsbürgertum zweiter oder gar dritter Klasse. Und wir wollen auch, daß diese Schultern nicht hohl sind von Hunger, Entbehrung und Opfer. Wir wollen, daß auch die Schultern der Arbeiterschaft gestärkt werden von den Möglichkeiten des Volksbesitzes. Damit das sein kann, wollen wir ein soziales Deutschland.

Was wird aus dem Nachwuchs im Tischlergewerbe?

Mit dieser Frage beschäftigte sich, im Beisein der Vertreter der verschiedensten Behörden, am 22. Oktober, eine Reichstagung der Reichsarbeitsgemeinschaft der Lehrer für das Holzgewerbe in Berlin.

In einem Vortrag des Vorsitzenden der Vereinigung wurden die Schäden dargelegt, welche durch die Rationalisierung und Spezialisierung der Betriebe sowie durch die große Arbeitslosigkeit in der fachlichen Aus- und Weiterbildung des Nachwuchses eintreten. Gleichzeitig wurden die Schlußfolgerungen gezogen und gefordert, daß durch eine wesentliche Umgestaltung der Berufsschule die Schäden in etwa wieder ausgeglichen werden müssen. Die Berufsschulen sollen mit Lehrwerkstätten versehen werden, um so den Lehrlingen die Möglichkeit zu geben, auch die Zweige des Gewerbes kennenzulernen, welche im Betrieb des Lehrmeisters nicht gehandhabt werden. In Verbindung oder im Anschluß an diese Schulwerkstätten sollen dann Fachkurse für die jugendlichen erwerbslosen Tischler abgehalten werden, damit das bereits erworbene Fachwissen erhalten und erweitert wird, um so den Jugendlichen das Selbstbewußtsein für die Zukunft zu erhalten.

An Hand einer Ausstellung wurde bewiesen, daß bei gutem Willen und der Heranziehung tüchtiger Kräfte aus den Reihen der Gewerbelehrer und des Faches selbst Vorzügliches auf diesem Gebiet geschaffen werden kann. In Hannover ist von der Gewerbeschule eine derartige Schulwerkstätte eingerichtet und werden auch die Erwerbslosenkurse durchgeführt. Herr Gewerbeoberlehrer P e g o l d, der diese Einrichtungen leitet, gab eine klare Übersicht über den Lehrplan und die Durchführung der Kurse. An Hand der ausgestellten Erzeugnisse konnte er den Beweis führen, daß man in den Kursen den Jugendlichen weitgehende Fachkenntnisse vermitteln kann, ohne dem Handwerk oder Gewerbe Konkurrenz machen zu müssen.

Die Tagung dürfte vor allem den Behördenvertretern die Erkenntnis gebracht haben, daß auf diesem Gebiete weitergearbeitet werden muß.

Auch wir, die Vertreter der Arbeitnehmer im Holzgewerbe, können es nur begrüßen, wenn in den weitesten Kreisen unseres Volkes das Bewußtsein geweckt wird, daß für den Nachwuchs unseres Gewerbes mehr getan werden muß. Die Schäden der jetzigen Zeit werden von uns klar gesehen, und wir haben auch immer wieder darauf verwiesen. Leider mit einem viel zu geringen Erfolg. Wir begrüßen es, daß die Reichsvereinigung der Gewerbelehrer für das Holzgewerbe auf ihrer Berliner Tagung praktische Wege zur Linderung der materiellen und seelischen Not unseres Nachwuchses gewiesen hat. Sie darf versichert sein, in uns gute Weggenossen zu haben.

Über die Verfahrenspraxis bei Allgemeinverbindlichkeits- erklärung.

Die am Landestarifvertrag für die Holzindustrie und das Holzgewerbe im Rheingebiet beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen stellten am 8. August dieses Jahres beim Reichsarbeitsministerium den Antrag, diesen Tarifvertrag nebst Lohnabkommen allgemeinverbindlich zu erklären. Die Prüfung dieses Antrages nahm erhebliche Zeit in Anspruch, was insofern keine Überraschung mehr bedeutet, da die „schnelle“ Erledigung solcher Anträge bei diesem Ministerium hinlänglich bekannt ist. Wenn man so tun möchte, als ob man wollte, aber doch nicht will, dann ist die „eiltgehende“ Prüfung der beste Ausweg. Denn bei den kurzfristigen Lohnabkommen, wie sie in der jetzigen Zeit mit Hilfe der Schlichtungsbehörden abgeschlossen werden, ist eine solche Vereinbarung schon wieder abgelaufen, ehe die Prüfung beendet ist, und der Antrag erledigt sich von selbst.

Im vorliegenden Falle muß man allerdings eine Einschränkung machen, denn die Einsprüche der Außenseiter waren so zahlreich, daß eine eingehende Prüfung verständlich erscheint. Ob man damit aber gerade bis Anfang November zu warten brauchte, ist eine andere Frage. Das Lohnabkommen war nämlich inzwischen von den Arbeitgeberverbänden bereits wieder gekündigt und endete mit dem 30. November. Da bei der Prüfung am 4. November nochmals eine Frist von 8 Tagen gesetzt wurde zu erweiterten Angaben, war damit zu rechnen, daß das Lohnabkommen bereits abgelaufen war, bevor eine Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums vorlag. Die Arbeitnehmerorganisationen zogen deshalb den Antrag bezüglich des Lohnabkommens zurück, hielten denselben aber bezüglich des Rahmenvertrages aufrecht, da dieser bis Ende 1933 abgeschlossen ist.

In einem Schreiben vom 5. Dezember 1932 teilt jetzt das RAM mit, daß die beantragte Allgemeinverbindlichkeit des Manteltarifvertrages nicht ausgesprochen wird, weil „die eingehenden Erhebungen, die angestellt worden sind, nicht mit hinreichender Sicherheit ergeben, daß ihm eine überwiegende Bedeutung im Tarifgebiet zukommt“.

Die Begründung zum ablehnenden Bescheid ist unrichtig, soweit die im gesamten räumlichen — und beruflichen Geltungsbereich erfaßten Arbeitnehmer in Frage kommen. Nach den Angaben der 40 Außenseiter — Arbeitgeberverbände, Innungen, Innungsausschüsse und merkwürdigerweise auch Handwerkskammern — bei der Prüfung am 4. November in Köln, beschäftigen diese rund 1200 Arbeitnehmer, von denen aber 100 und mehr bereits vom Tarifvertrag erfaßt werden. Zunächst sind solche Angaben ja mit sehr viel Vorsicht aufzunehmen. Berücksichtigt man aber, daß in den angegebenen Zahlen Familienangehörige, Meistersöhne und Lehrlinge mit enthalten sind, außerdem Arbeitnehmer mitgezählt werden, die vom beruflichen Geltungsbereich nicht erfaßt werden, sind die angegebenen Zahlen entschieden zu hoch. Die Zahl der vom Vertrag erfaßten Arbeitnehmer ist erheblich höher. Beim RAM ist das aber keine „hinreichende Sicherheit“, und da gelten natürlich die Wünsche der tariffeindlichen Außenseiter mehr als derjenigen, die geordnete tarifliche Verhältnisse erstreben.

Der stärkste Widerstand gegen die beantragte Allgemeinverbindlichkeit kam natürlich von den Syndikate der verschiedensten Arbeitgeberverbände, besonders von Bonn. Da wird versucht zu beweisen, daß jeder Ort, ja bald jeder Betrieb seine Eigenart hat, da in einem größeren Tarifbezirk nicht gebührend berücksichtigt wird. Das Ziel ist Zersplitterung. In Wirklichkeit vertheidigen diese Herren ihre eigene Stellung. Sie fürchten, daß bei einer einheitlicheren Regelung der eine oder andere überflüssig werden könnte. Die ehrenwerten Obermeister der Schreinerinnungen freuen sich natürlich, wenn sie mit diesen Herren einmütig gemeinsam gegen die Gewerkschaften und die angeblich „zu hohen Löhne“ vom Leder ziehen können. Ein Kuriosum sondergleichen ist es aber, wenn der Obermeister einer Schreinerinnung, die dem Arbeitgeberverband für die Holzindustrie und das Holzgewerbe angehört, der bekanntlich gleichfalls den Antrag auf Allgemeinverbindlichkeit gestellt hat, sich von aidern In-

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Für die Zeit vom 25. bis 31. Dezember ist der 53. Wochenbeitrag fällig.

Mitgliedsbücher, die bis zum Jahreschluß vollgeklebt sind, sind zum Umtausch nach Köln einzusenden aus dem

Gau Danzig und Breslau vom 1. bis 15. Januar 1933.

Die Zahlstellenverwaltungen werden gebeten, die Mitgliedsbücher rechtzeitig einzusammeln und nach Köln zu senden.

Das Taschenbuch 1933, von unserem Verbands herausgegeben, kostet nur 0,50 RM. Jeder Verbandskollege sollte dasselbe wegen seines praktischen und wertvollen Inhalts besitzen. Bestellungen durch die Zahlstellen.

Die Handwerkskunst im Holzgewerbe erscheint im neuen Jahre zu einem ermäßigten Bezugspreis von 1,50 RM für das Vierteljahr. Bestellungen sind umgehend an die Zentrale zu richten.

nungen Dollmacht geben läßt, um gegen den Antrag seiner eignen Organisation Stellung zu nehmen. Es geht wirklich nichts über Arbeitgeber- bzw. Handwerkerlogik! „Da kann man halt nichts machen!“ Es gibt ja bekanntlich Dinge, gegen die „Götter selbst vergebens kämpfen“, und damit muß man sich eben abfinden. So ist es denn auch kein Wunder, daß sich Handwerkskammer-Syndikate um Dinge kümmern, die sie gar nichts angehen. Ob das aber so sein muß oder so bleiben muß, ist eine andere Frage. Es wird höchste Zeit, daß hier einmal nach dem Rechten gesehen wird.

III.

Ferien für den Arbeiter nicht mehr zeitgemäß.

Für das Wagenbaugewerbe in Dortmund besteht seit dem 7. Juli 1927 ein Tarifvertrag. Durch Schreiben vom 27. Juni 1932 wurde durch das Handwerksamt der Mantelvertrag nebst Lohnabkommen gekündigt, mit dem gleichzeitigen Vermerk, daß die in Frage kommenden Arbeitgeber auf die Fortsetzung des Tarifvertrages verzichteten. Nachdem auf diesem Wege die bisherigen Verhandlungsparteien nicht wieder zusammenkommen konnten, stellten die Arbeitnehmerorganisationen beim Schlichtungsausschuß den Antrag auf Vertragshilfe. Bei der Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß begründete Syndikus Kopp, der Vertreter des Handwerksamtes, die ablehnende Haltung der Arbeitgeber, vornehmlich hinweisend auf die im alten Tarif vorgesehenen Ferien. Er betonte, daß Ferien für den Stellmacher und Schlosser nicht mehr zeitgemäß seien.

Nachdem der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses den Herrn Syndikus darauf aufmerksam gemacht hatte, daß es eine Zeit gegeben hätte, wo man Menschen in Ketten zur Arbeit geführt habe, was heute auch nicht mehr zeitgemäß sei, schwieg der Herr Diplom-Volkswirt. In diesem Zusammenhang ist jedoch auch eine andere Frage angebracht. Unsere Innungen erstreben doch eine neue Wirtschaftsordnung. Ihr Ziel ist meines Wissens eine berufsständische Ordnung.

Die Spitzenorganisationen der Innungen, der Deutsche Handwerkskammer- und Gewerbetag, führten vor kurzer Zeit in dieser Angelegenheit einen öffentlichen Briefwechsel mit dem katholischen Gesellenverein. Wie sieht der Herr Diplom-Volkswirt Kopp die berufsständische Ordnung für den Handwerkerstand? „Ferien für den Handwerkerstand nicht mehr zeitgemäß!“ Soll diesem Stand das Gefühl der Minderwertigkeit durch die Innungen beigebracht werden? Kein einseitiger Mensch verkennet die Lage der Handwerksmeister. Ist es leider nicht so, daß das handwerksmäßige Können und die handwerksmäßige Kunst

viel zu gering bewertet wird? Aufgabe des ganzen Berufsstandes ist, sich hiergegen zu wehren. Es ist höchst zeitgemäß, daß der Handwerker, auch der Geselle, anders bewertet wird. Unzeitgemäß ist es, dem Handwerker den Stempel der Minderwertigkeit gegenüber den übrigen Volksschichten aufzudrücken. Geradezu unverständlich ist es, wenn derartige durch einen Vertreter der Innungen versucht wird.

Rundschau.

Gegen Erschwerung der Holzeinfuhr. Der Wirtschaftsverband der deutschen Holzindustrie hat sich mit den Forderungen der Forstwirtschaft auf weitere Erschwerung der Holzeinfuhr durch Zoll- und Kontingentierungsmaßnahmen erneut eingehend beschäftigt. Angesichts der überaus schlechten Lage der Holzverarbeitenden Industrie müßte die durch eine weitere Erschwerung der Holzeinfuhr eintretende Verteuerung und Verknappung unentbehrlicher Auslandshölzer zu einer weiteren Erschwerung des Absatzes für Holzzeugnisse auf den In- und Auslandsmärkten führen und dem Ausland einen Anreiz zu einer verstärkten Einfuhr fertiger Holzzeugnisse nach Deutschland geben. Bei den gegenwärtig noch zur Einfuhr gelangenden geringen Holz mengen handle es sich um solche Holzarten oder Holzqualitäten, die im Inland überhaupt nicht oder nicht in genügenden Mengen wachsen oder deren Einfuhr standortmäßig bedingt sei. Bei dieser Sachlage könnten weitere Einfuhrerschwerungen durch Zoll- oder Kontingentierungsmaßnahmen der Forstwirtschaft keinerlei Vorteile bringen. Sollten sie trotz der dringendsten Warnungen der Holzverarbeitenden Industrie erfolgen, so müsse erwartet werden, daß diejenigen Holzarten, die mangels einheimischer Bestände unter allen Umständen zur Einfuhr gelangen müßten, nicht betroffen werden, und daß den in den Grenzgebieten ansässigen Betrieben, die standortmäßig auf ausländisches Holz nicht verzichten können, die Versorgung aus deutschen Holzüberschußgebieten durch Ausnahmetarife ermöglicht werde.

Das Schlichtungswesen im Jahre 1931. Die Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ bringt in ihrer neuesten Nummer einen Überblick über die Tätigkeit der Schlichtungsbehörden im Jahre 1931.

Das Kennzeichen dieses Berichtes ist, daß die Anteile der Arbeitnehmeranträge auf Einleitung des Schlichtungsverfahrens in letzter Zeit von Jahr zu Jahr stark zurückgegangen sind, während die Anteile der Arbeitgeberanträge entsprechend anstiegen. Die gleiche Erscheinung ist auch hinsichtlich der Anträge auf Verbindlichkeits-erklärungen festzustellen. Zwar wurden auch im Jahre 1931 noch zwei Drittel der Anträge auf Verbindlichkeits-erklärungen von Arbeitnehmern durch Arbeitnehmer gestellt, die Entwicklung der letzten Jahre aber läßt ein stetiges Zurückgehen des Anteiles der Arbeitgeberanträge erkennen und dementsprechend ein Steigen des Anteiles der Arbeitnehmeranträge. Von den 6898 Verfahren zur Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten wurden 71,2 v. H. der Fälle der Streitigkeiten durch die Bildung einer Schlichtungskammer erledigt. Von den vor der Schlichtungskammer verhandelten Fällen wurden rund 13 v. H. zu einer Einigung, in rund 80 v. H. der Fälle durch einen Schiedsspruch, so daß also überhaupt von den anhängig gemachten Schlichtungsverfahren 56,5 v. H. mit einem Schiedsspruch erledigt wurden. Gegenüber dem Jahre 1930 bedeutet dieses eine nicht unbedeutende Abnahme, offenbar aus der schärferen Zuspitzung der Streitigkeiten resultierend. Zunahme, denn in diesem Jahre wurden 52,4 v. H. der Streitigkeiten durch Schiedsspruch abgeschlossen. Aber auch die Zahl der Ablehnungen der Schiedssprüche ist im Jahre 1931 die Mehrzahl der gefällten Schiedssprüche von Arbeitnehmern abgelehnt. Die Ablehnung ging hauptsächlich von den Arbeitnehmern aus. Im Laufe des Berichtsjahres kamen insgesamt 1100 Verfahren von Verbindlichkeits-erklärungen zur Entscheidung, in 48,9 v. H. der Fälle, eine Einigung der Parteien, während in 28,7 v. H. der Fälle die Verbindlichkeits-erklärung erfolgte. Im ganzen zeigt die Tätigkeit der Schlichtungsbehörden im Jahre 1931 eine stärkere Inanspruchnahme als im Jahre 1930. Dies ist ein Zeichen der starken sozialen Spannungen, die durch die ungünstigeren wirtschaftlichen Verhältnisse

futter und Leim zu verarbeiten, nachdem die Häute abgezogen worden sind. Eine anderweitige Verwendungsmöglichkeit besteht nicht. Wenigstens nicht in Dänemark. 30 Kronen ist der Erlös für eine ganze Kuh. Zu diesem Preis würden sich einige Duzend Arbeitslose schon des Viehes annehmen! 25 000 Stück sind bisher abdeckermäßig „vernichtet“ worden. Zivilisation? Oder Kultur? Oder Irrsinn?

Gutscheine- und Zugabeunfug. Wir haben in Deutschland zwar ein Gesetz gegen das Zugabeunwesen. Aber das hindert nicht, daß seitdem das Zugabewesen besonders gut ins Kraut geschossen ist. Kauft man Zigaretten, dann erwirbt man gleichzeitig die Anwartschaft auf ein Sofakissen, eine Tischdecke, ein Basketball oder erhält so tropfenweise einen Bilderatlas über Geschichte, Zoologie und dergleichen. Die Margarinefabrikanten vermitteln dem Käuferkreis die Konterfeis sämtlicher Filmbiwas männlichen und weiblichen Geschlechts, oder bringen uns sämtliche Sportarten bildlich nahe. Kaffeetassen, Teller, Eßbestecke usw. usw. gibt es als Warenzugabe.

Es ist leider Tatsache, daß in sehr vielen Familien die Entscheidung über die zu wählende Ware nicht mehr nach sachlichen Gesichtspunkten, sondern nach der Bilderliebhaberei der Kinder oder nach dem Interesse, das eine Hausangestellte den Gutscheinen für Kaffeeservice oder dergleichen entgegenbringt, gefällt wird.

Und dabei wird immer wieder vergessen, daß kein Kaufmann aus reiner Freundschaft seinen Kunden Geschenke machen wird.

Der Kampf gegen die Zugabe wird nicht nur von den Staaten des europäischen Festlandes, sondern von fast allen großen Kulturstaaten der Welt geführt. In Europa stehen England, Frankreich und die Tschechoslowakei im Begriff, das Wettbewerbsmittel durch Gesetz zu unterbinden. Die Zugabe ist bereits in Dänemark, Norwegen, Lettland, Südslawien, Schweden und Ungarn völlig verboten; in Deutsch-Österreich besteht ein Teilverbot. In den Vereinigten Staaten von wo die Zugabe nach Europa übernommen wurde, ist die Angelegenheit der Gesetzgebung den einzelnen Staaten überlassen. Hier haben nach den vorliegenden Berichten u. a. Idaho, Colorado, Columbia, Ohio, Wisconsin, Kentucky und andere Staaten Zugabeverbote in verschiedenen Formulierungen erlassen. In den britischen Dominien bzw. ihren Staaten haben Queensland, Süd-Australien, West-Australien, Tasmania, Victoria und Neuseeland die gleichen gesetzlichen Maßnahmen getroffen. Kanada, wo bereits ein Teilverbot besteht, und Süd-Afrika wollen sich jetzt anschließen.

Deutschland hat die Zugabe zwar grundsätzlich verboten, jedoch das Wettbewerbsmittel wieder gestattet, wenn verhältnismäßig einfach zu beachtende Bestimmungen für die Anpreisung und Gewährung der Zugabe befolgt werden. Wie kürzlich auf einem Kongress festgestellt wurde, steht Deutschland mit dieser eigenartigen Regelung in Europa allein.

Büchermarkt.

Richtlinien für das Rechnungswesen in der Möbelindustrie nennt sich eine Broschüre des Wirtschaftsverbandes der deutschen Holzindustrie. Preis 5,— RM.

Die in der Möbelindustrie vorhandenen Kalkulationsmethoden, die sehr unterschiedlich sind, zu verbessern, hat sich diese Broschüre des Wirtschaftsverbandes zum Ziele gesetzt. Die Faktoren einer richtigen Kalkulation werden klar herausgestellt, und besonderer Wert wird auf die Erfassung aller Unkosten gelegt. Richtig ist es, daß die Rentabilität der Betriebe weitgehend von einer richtigen Kalkulation abhängig ist. Die beiliegenden Musterblätter machen die textliche Behandlung des Stoffes klar und verständlich und sind durchaus geeignet, klarere Rechnungsverhältnisse zu schaffen. Ein eingehendes Studium der behandelten Materie dürfte für jeden Holzfachmann von großem Nutzen sein.

Intarsien aller Art Katalog gegen 50 Pfg. in Briefmarken. E. Biller, Heidelberg, Theaterstraße 711

Anzeigenpreis für die viergep. Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellengesuche und Angebote sowie Anzeigen der Abstellten kosten die Hälfte. Redaktion und Versand befinden sich in Berlin, Reuter Wall 9. Telefonruf West 5 15 46. — Redaktionsschluss ist Samstag-Abend.
Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von RM. 1.— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorauszahlung. — Bestellungen nur Postkontonummer 7718 Köln.